Ressort: Gesundheit

Bundesregierung will Pflegermangel in Krankenhäusern bekämpfen

Berlin, 02.02.2014, 02:00 Uhr

GDN - Die Bundesregierung arbeitet erstmals seit Jahren daran, den Pflegermangel an deutschen Krankenhäusern zu bekämpfen. Nach einem Bericht der "Welt am Sonntag" (2. Februar 2014) sollen Kliniken künftig finanziell dafür belohnt werden, ausreichend Krankenpfleger und -schwestern zu beschäftigen.

"Gute und fachkundige Behandlung ist nur möglich, wenn Pflegekräfte und Ärzte nicht dauerhaft überlastet sind", sagte Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) der Zeitung. Auf diese Weise sollen Falschbehandlungen und Probleme vermieden werden, die auf Zeitmangel und Überlastung zurückzuführen sind. Zahlen sollen die Krankenkassen. Das Bundesgesundheitsministerium verhandelt dem Bericht zufolge bereits mit dem Bundesfinanzministerium und anderen Beteiligten darüber. Denkbar ist laut Gesundheitsministerium, dass ein Krankenhaus, das mehr Pfleger pro Station beschäftigt, mehr Geld erhalten soll als eines mit knapper Personalausstattung. Derzeit bekommen die Krankenhäuser von den Kassen für einzelne medizinische Leistungen wie Operationen sogenannte Fallpauschalen, unabhängig von der Dauer oder der Zahl oder der eingesetzten Pfleger. Das 1996 eingeführte Fallpauschalensystem habe zu einer teils drastischen Unterversorgung auf Krankenhausstationen geführt, kritisiert etwa der Pflegerberufsverband DBfK. Laut Statistischem Bundesamt haben die Kliniken seither rund 50.000 Arbeitsplätze für Pfleger und Schwestern abgebaut. Der Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Alfred Dänzer, sagte, den Kliniken sei durchaus bewusst, dass es an Pflegern fehle. Verantwortlich sei die restriktive Ausgabenpolitik der Krankenkassen. "Unsere Personalkosten steigen Jahr für Jahr um jeweils drei Prozent, aber die Kassen geben uns nur zwei Prozent dazu. Das können Sie nun einmal nicht anders auffangen als durch Personalabbau", so Dänzer. Auch die Bundesländer kämen ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Kliniken häufig nicht nach.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-29399/bundesregierung-will-pflegermangel-in-krankenhaeusern-bekaempfen.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619